

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg (KFB)
Darwinstr. 17
10589 Berlin

Potsdam, 23. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam

lvbrb@fdp.de
0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg (KFB)

Frage 1

Das Landesintegrationskonzept stammt aus dem Jahr 2017 und definiert die verstärkte Unterbringung von geflüchteten Menschen in Wohnungen bereits als Ziel. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Umsetzung dieses Ziels in Zukunft erfolgreicher verläuft als bisher?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch, der sich in Deutschland aufhält, einen Anspruch auf menschenwürdige Versorgung und Unterbringung hat.

Frage 2

Die Landkreise und Kommunen Brandenburgs haben sich mehrheitlich dafür entschieden, den Großteil der schutzsuchenden Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, obwohl dies nicht im Interesse der Betroffenen sein kann. Welche Förderprogramme/andere finanzielle Anreize planen Sie, um die Wohnungsunterbringung zu fördern?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch, der sich in Deutschland aufhält, einen Anspruch auf menschenwürdige Versorgung und Unterbringung hat.

Frage 3

Planen Sie eine Ausführungsvorschrift zum AsylbLG zu erlassen, mit der die Anmietung von Wohnungen besser gestellt wird als das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften?

Antwort der FDP Brandenburg

Nein.

Frage 4

Die Wohnraumversorgung in Brandenburgs Ballungsgebieten ist sehr angespannt. Viele ältere Personen bewohnen Wohnungen oder Häuser, die größer sind als ihr Bedarf, scheuen aber den Umzug in kleinere Einheiten, da diese pro m² teurer sind und oft sogar höhere Gesamtkosten verursachen. Planen Sie Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes durch eine bessere Verteilung des vorhandenen Wohnraums?

Antwort der FDP Brandenburg

Um den Wohnraummangel zu bekämpfen, muss Bauen endlich schneller, günstiger und unbürokratischer ermöglicht werden. Gesetzliche Vorschriften, überbordende Regelwerke und ständig wachsende Baustandards schrauben die Baukosten unnötig in die Höhe. Die öffentliche Hand ist damit einer der größten Kostentreiber beim Bauen und Wohnen. Das werden wir ändern.

Frage 5

Nach Untersuchungen des Mediendienst-Integration [Weg vom Notfallmodus (2024)] geben 66,9% der Kommunen in Deutschland an, dass eine unzureichende Finanzierung vom Land die Unterbringung in der Kommune erschweren würde. Wie planen Sie dem zu begegnen?

Antwort der FDP Brandenburg

Brandenburg ist nur so stark und leistungsfähig wie seine Kommunen. Wir werden die Aufgaben der staatlichen Ebenen und die damit verbundene Finanzierung reformieren. Aufgaben, die an Kommunen abgegeben werden, müssen vollständig ausfinanziert werden. Wir werden die Landeszuweisungen zukünftig anhand der tatsächlichen Aufwendungen der Kommunen berechnen und nicht wie bisher anhand von Planzahlen. Darüber hinaus werden wir eine automatische Anpassung an inflationsbedingte Kostensteigerungen einführen.

Frage 6

In einigen Kreisen gibt es einen "Auszugsstau", der dadurch entsteht, dass sogenannte "Fehlbeleger:innen" nach Abschluss ihres Asylverfahrens die Unterkünfte nicht verlassen können, da sie keinen angemessenen Wohnraum finden. Viele Regionen scheinen überfordert, diese Situation aufzulösen und unterstützende Strukturen zu etablieren. Planen Sie Maßnahmen, um die Kreise hier zu unterstützen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir sind offen für Gespräche über Lösungen, um diese Situation aufzulösen.

Frage 7

Das Recht auf Bildung hat in Deutschland Verfassungsrang. Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass Kinder, die länger als drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen leben, ihr Recht auf Bildung durch den Zugang zu regulären Schulen wahrnehmen können, anstatt auf den oft unzureichenden (Vorbereitungs-) Unterricht in den Erstaufnahmeeinrichtungen angewiesen zu sein?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir wollen geflüchteten Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, einen sicheren Aufenthalt gewährleisten, ihnen bei der Bewältigung traumatischer Erfahrungen seelischen Beistand leisten und ihr Recht auf Bildung und Betreuung verwirklichen. Etwaige Defizite bei der Verwirklichung des Rechts auf Bildung wollen wir beseitigen. Grundlage für eine erfolgreiche Eingliederung in das Schul- und Arbeitsleben ist das Erlernen der deutschen Sprache, deshalb werden wir diese Möglichkeiten ausbauen. So ist es den Kindern schneller möglich, eine Regelschule zu besuchen.

Frage 8

In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden Personen, die älter als 16 Jahre sind, nicht beschult, was gegen die landeseigenen Bestimmungen verstößt. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die bis zum 18. Lebensjahr gültige (Berufs-)Schulpflicht zukünftig gewährleistet wird?

Antwort der FDP Brandenburg

Siehe vorherige Antwort.

Frage 9

Der psychosoziale Dienst in den Erstaufnahmeeinrichtungen leistet in erster Linie Krisenintervention. Therapeutische Angebote gibt es nicht und sind durch fehlende Krankenversicherungen auch nicht extern zu organisieren. Planen Sie ein Budget, mit dem die Behandlung der psychotherapeutischen Bedarfe der Bewohner:innen bei externen Stellen ermöglicht wird?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen Maßnahmen für eine angemessene seelische Betreuung der Geflüchteten.

Frage 10

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass geflüchtete Menschen insbesondere im Bereich der Unterbringung und des Wohnens in Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen werden, von deren Ergebnissen sie unmittelbar betroffen sind?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen den Dialog mit allen relevanten Akteuren und streben Lösungen an, die den Bedürfnissen und Rechten aller Beteiligten gerecht werden.